Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 25. Februar bis 22. April 2021[16]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
19. April 2021	EU	Start der digitalen Bürgerplattform zur EU-Zukunftskonferenz Die Ko-Vorsitzenden des Exekutivausschusses der EU-Zukunftskonferenz (Guy Verhofstadt, Mitglied des EP, Ana Paula Zacarias, Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten des portugiesischen Ratsvorsitzes und Dubravka Šuica, für Demokratie und Demografie zuständige Vizepräsidentin der EK) stellten die neue digitale Plattform der EU-Zukunftskonferenz in einer Pressekonferenz vor. EU-Bürgerinnen und EU-Bürger können erstmals in der Geschichte der EU dank dieser neuen mehrsprachigen (24 EU-Amtssprachen) digitalen Plattform ihre Ideen einbringen, die Ideen anderer kommentieren, Veranstaltungen schaffen und daran teilnehmen. Die Plattform wird die zentrale Drehscheibe der Konferenz sein. Ein besonderer Feedback-Mechanismus wird die wichtigsten vorgebrachten Ideen sammeln und analysieren, so dass sie auch in den europäischen Bürgerforen und auf den Plenarsitzungen der Konferenz berücksichtigt werden können.
14. April 2021	EZB	Ergebnisse des öffentlichen Konsultationsverfahrens zu einem digitalen Euro Die Europäische Zentralbank (EZB) veröffentlichte eine umfassende Auswertung ihrer Konsultation zu einem digitalen Euro. Die Konsultation wurde am 12. Oktober 2020 eingeleitet und endete am 12. Januar 2021. Es gingen über 8 200 Antworten ein – mehr als jemals zuvor bei einer öffentlichen Konsultation der EZB. Eine große Mehrheit der Befragten waren Privatpersonen (94 %). Die übrigen Teilnehmenden waren Fachleute, darunter Banken, Zahlungsdienstleister, Händler und Technologie-Unternehmen. Demnach ist für die Öffentlichkeit und für Fachkreise bei einer solchen digitalen Währung am wichtigsten der Datenschutz (43 %). Es folgen Sicherheit (18 %), die Möglichkeit, im ganzen Euroraum damit zu bezahlen (11 %), keine zusätzlichen Kosten (9 %) und die Offline-Nutzbarkeit (8 %). Die Antworten sind nicht unbedingt repräsentativ für die Ansichten der EU-Bevölkerung, da die Konsultation allen offen stand und die Befragten aus eigener Initiative teilnahmen. Dennoch handelt es sich um wichtige Informationen, die

[16] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer, Alexandra Bernhard (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		in die Analysearbeit und praktischen Tests der EZB einfließen. Ebenso wichtig sind sie für die bevorstehende Beschlussfassung des EZB-Rats, der darüber entscheiden wird, ob im Hinblick auf die mögliche Einführung eines digitalen Euro eine formelle Untersuchungsphase eingeleitet wird.
14. April 2021	EK	Next Generation EU (NGEU) – Aufbauinstrument der Europäischen Union Die EK leitete nächste Schritte ein, die sicherstellen sollen, dass Anleihen im Rahmen des befristeten Aufbauinstruments NGEU für die EU-Mitgliedstaaten und ihre Bürgerinnen und Bürger zu günstigsten Bedingungen finanziert werden. Die EK wird eine diversifizierte Finanzierungsstrategie einsetzen, mit Emissionen von durchschnittlich rund 150 Mrd EUR pro Jahr bis 2026, was die EU zu einem der größten Emittenten in Euro macht. Alle Anleihen werden bis 2058 zurückgezahlt. Dadurch werden auch Investoren nach Europa gebracht, und die internationale Rolle des Euro gestärkt.
25./26. März 2021	ER	COVID-19-Krisenmanagement Die Staats- und Regierungschefs erörterten die aktuelle epidemiologische Situation. Die Beschleunigung der Herstellung, Lieferung und Bereitstellung von Impfstoffen ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung und dringend erforderlich, um die Krise zu überwinden. Binnenmarkt, Industriepolitik, Digitales und Wirtschaft Die Staats- und Regierungschefs betonten die Bedeutung eines starken, widerstandsfähigen und uneingeschränkt funktionierenden Binnenmarkts. Der Fokus wird hierbei auf die Steigerung der Wettbewerbs- und Widerstandsfähigkeit der EU-Industrie, inklusive KMUs, zur Beschleunigung des grünen und digitalen Wandels gesetzt. Von besonderer Bedeutung für Europas Erholung, seinen Wohlstand, seine Sicherheit und seine Wettbewerbsfähigkeit sowie für das Wohlergehen unserer Gesellschaften ist die digitale Transformation des EU-Binnenmarkts.
25. März 2021	Eurogipfel	Die internationale Rolle des Euro Die Staats- und Regierungschefs tauschten sich mit der EZB-Präsidentin, Christine Lagarde, und dem Präsidenten der Euro-Gruppe, Paschal Donohoe über die internationale Rolle des Euro aus. Die EU-Führungsspitzen einigten sich auf eine Erklärung, in der sie zum Ausdruck brachten, dass sie die Stärkung der Stellung des Euro auf der Weltbühne unterstützen werden, um die strategische Autonomie der EU zu erhöhen und zugleich eine offene Wirtschaft zu bewahren.
16. März 2021	ECOFIN Rat	Besteuerung der digitalen Wirtschaft Die Ministerinnen und Minister betonten, dass sie die laufenden OECD-Verhandlungen, die bis Mitte 2021 zu einer globalen und

		einvernehmlichen Lösung führen sollen, unvermindert unterstützen. Die EK bestätigte, dass sie derzeit an einem Gesetzgebungsvorschlag für eine „Digitalabgabe“ arbeitet, die der EU zusätzliche Eigenmittel bringen soll. Es werde sich um ein separates Instrument handeln, das nicht mit den Körperschaftsteuervorschriften verknüpft werden dürfe, über die derzeit im G20 und OECD-Rahmen verhandelt werde. EK-Leitlinien für die Fiskalreaktion auf die COVID-Pandemie Die EK präsentierte die Ergebnisse der EK-Mitteilung vom 3. März, „Ein Jahr seit dem Ausbruch von COVID-19, die fiskalpolitische Reaktion“. Empfohlen wird eine Aufrechterhaltung der budgetären Krisenbekämpfungsmaßnahmen, gefolgt von stärkerer Fokussierung der Maßnahmen sobald Gesundheitsgefahren zurückgehen. Die Allgemeine Ausweichklausel soll laut EK auch im kommenden Jahr weiterhin aktiviert bleiben. Erst wenn die Mitgliedstaaten ihr BIP-Niveau von 2019 erreicht haben, sollen die EU-Fiskalregeln wieder formell zur Anwendung kommen. Der aktuelle Fokus liegt nun auf der Umsetzung der Aufbau- und Resilienz-Fazilität, die den wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen soll, ohne nationale Defizite und Schulden zu erhöhen. Im Mai will die EK auf Basis der Frühjahresprognose eine neue Einschätzung treffen. EU-Strategie für den Massenzahlungsverkehr Gemäß der EU-Strategie für den Massenzahlungsverkehr werden Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Europa von hochwertigen Zahlungslösungen profitieren, die durch einen wettbewerbsfähigen, innovativen Zahlungsverkehrsmarkt unterstützt werden und auf sicheren, effizienten und zugänglichen Infrastrukturen beruhen. Darüber hinaus soll die EU einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs (inkl. Finanztransfer) mit Drittstaaten leisten und somit die internationale Rolle des Euro sowie die „offene strategische Autonomie“ der EU stärken.
10. März 2021	Rat, EP, EK	Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas EP-Präsident Sassoli, Portugals Premier Minister Costa und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unterzeichneten die Gemeinsame Erklärung zur Konferenz über die Zukunft Europas. Ziel ist es, noch unter dem portugiesischen Ratsvorsitz die Konferenz zur Zukunft der EU am 9. Mai 2021 zu eröffnen. Bis Frühjahr 2022 sollen Schlussfolgerungen aus der Zukunftskonferenz gezogen werden, die als Bericht an den Vorsitz der Zukunftskonferenz gerichtet werden; die Institutionen entscheiden sodann über das weitere Vorgehen.
9. März 2021	EK	Digitaler Kompass 2030: Der europäische Weg in die digitale Dekade

		In der von der EK veröffentlichten Mitteilung werden klare Vorgaben und Wege für einen erfolgreichen digitalen Wandel Europas bis 2030 dargelegt. Ziel der EU ist es, digital souverän zu sein in einer offenen, vernetzten Welt. Die EK-Mitteilung umfasst einerseits digitale Grundsätze und andererseits einen Digital-Kompass zur Finanzierung und Evaluierung eines resilienten, nachhaltigen und digitalen Wandels. Ziel des „digitalen EU-Kompass 2030" ist die Etablierung eines voll funktionsfähigen digitalen EU-Binnenmarktes, zur Sicherung und Resilienz des digitalen Ökosystems, kritischer Infrastrukturen und Lieferketten. Zu den in der Mitteilung gesetzten Zielen bis 2030 gehören: Digitale Grundkenntnisse für 80 % der Erwachsenen, Zugang zu digitaler Infrastruktur für alle Europäer, die digitale Transformation von Unternehmen und die Digitalisierung der öffentlichen Dienste.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

8. bis 14. April 2021	IWF	Die Frühjahrestagung des IWF fand vom 8. bis 14. April 2021 im virtuellen Format statt. Im Zentrum stand wie üblich das Meeting des IMFC (International Monetary and Financial Committee). Weiters fanden die Early Warning Exercise, ein Regional Briefing des European Departments sowie ein Treffen der österreichischen Stimmrechtsgruppe statt. Zusätzlich gab es weitere bilaterale Termine mit hochrangigen Vertretern des IWF. Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen: • Die Weltwirtschaft erholt sich aufgrund der außergewöhnlichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung, zusammen mit der raschen Entwicklung eines Impfstoffs, schneller als erwartet. Der weitere Ausblick ist jedoch durch hohe Unsicherheit und große Unterschiede gekennzeichnet. • Eine international koordinierte Vorgehensweise ist notwendig, um die Krise dauerhaft bewältigen zu können und eine schnelle und gerechte Verteilung des Impfstoffs zu gewährleisten. • Die Geldpolitik sollte, wo möglich, weiter akkomodativ bleiben; auf eine Abwertung der Wechselkurse aus Wettbewerbsüberlegungen sollte verzichtet werden. • Um besonders vulnerablen Ländern gezielt helfen zu können, betont das IMFC die Wichtigkeit einer umfassenden und transparenten Herangehensweise. In diesem Zusammenhang ruft das IMFC auch dazu auf, *zum Finanzierungspaket für den Sudan beizutragen.* • Das IMFC begrüßt in seinem Communique den Vorschlag einer generellen Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR Allokation) in Höhe von 650 Mrd USD. • Das IMFC bekennt sich zu einem starken, quotenbasierten und ausreichend dotierten Fonds und begrüßt die *Verdopplung der NAB (New Arrangements to Borrow)* sowie den Abschluss der neuen

		bilateralen Darlehen. • Das IMFC betont die *Wichtigkeit der 16. Quotenreform*, die bis spätestens 15. Dezember 2023 abgeschlossen sein soll Die IWF-Jahrestagung wird vom 14.-17. Oktober 2021 stattfinden; das Meeting des IMFC ist für den 14. Oktober 2021 angesetzt.
23. März 2021	IWF	In einer informellen Sitzung des IWF-Exekutivdirektoriums präsentierte der IWF-Stab seinen Vorschlag für eine generelle SZR Allokation in Höhe von insgesamt 650 Mrd USD, welcher breite Zustimmung fand. Managing Director Georgieva kündigte für Juni 2021 an, das IWF-Exekutivdirektorium formell mit diesem Vorschlag zu befassen. Im nächsten Schritt ist die Zustimmung von 85% der Stimmrechte im IMF Board of Governors erforderlich, eine Abstimmung („Governors' vote") erfolgt voraussichtlich im Juli 2021. Bei einer generellen SZR-Allokation werden die neu geschaffenen Sonderziehungsrechte den IWF-Mitgliedern anteilig nach ihren Quoten zugeteilt.